



BERLINER

EINBLICKE #97

FÜR KÖLN, FÜR SIE.

Ihr Bundestagsabgeordneter für den Kölner Süden und Westen informiert

Mitte Januar 2021

## Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde!

Am morgigen Samstag ist es soweit. Der wohl längste Wahlkampf um den Parteivorsitz einer Partei überhaupt wird sein Ende finden. Wir als CDU können stolz darauf sein, dass wir mit drei derart fähigen Kandidaten aufwarten können. Es war beeindruckend, mit welchem Respekt voreinander unsere Kandidaten dennoch hart um diesen Vorsitz stritten. Es ist auch an der Zeit, die Frage um den Vorsitz zu klären. Die politische Konkurrenz bereitet sich vor und versucht bereits, erratische Attacken

auf unsere vermeintlichen (Spitzen-)Kandidaten zu fahren. Der Wahlkampf 2021 wird auch sehr von Gefühlen geprägt sein. Die Grünen haben ihre Schlagrichtung während ihres kleinen Parteitages bereits verraten: „Jede Zeit hat ihre Farbe.“ Es geht also um mehr als politische Ideen, Konzepte, es geht auch um Empathie, um eine Vision, wie denn unsere Gesellschaft aussehen soll, vielleicht sogar um ein Angebot für eine „neue“ politische Identität in diesem Land. Wir können uns daher darauf vorbereiten, dass die Konkurrenz mit politischen Zerrbildern gegen uns agieren wird, der Wettkampf um die Wähler vor allem der Mitte ist bereits eröffnet.

Doch dürfen wir, ganz gleich wer unsere Partei in Zukunft führen wird und wen wir als Kanzlerkandidaten (aktuell ist es höchstwahrscheinlich ein Mann) aufstellen werden, unsere Konkurrenz nicht kopieren. Konzepte, die nur das Ziel verfolgen, andere Kandidaten oder Koalitionen zu verhindern oder zu brandmarken, sind sowohl politisch regressiv wie auch intellektuell dürftig. Unsere Partei stellt sich den Herausforderungen der Zukunft, ein gewisser Wandel ist der CDU seit der Gründung inhärent, wir ver-



Über den 33. Bundesparteitag der CDU Deutschland steht der Slogan: „#wegenmorgen“ und zeigt Anspruch und Verpflichtung unserer Politik.

harren niemals in ideologischen Gräben. Die für unser Land maßgeblichen Themen sind wohl offensichtlich wie nie: Die Corona-Krise zeigt deutlich, dass dem Staat etwa in Bereichen der Daseinsvorsorge Ressourcen zuwachsen sollen. Für unseren sozialen Frieden ist es elementar, die Art, wie wir Informationen austauschen, zu überdenken, das zeigt der Blick in die USA. Der demografische Wandel macht es unumgänglich, soziale Dienstleistungsberufe aufzu-

werten. Und allem voran stehen Konzepte für die Klimafrage, die unseren Wohlstand, den Frieden und unser Dasein in Frage stellt.

In der DNA unserer Partei liegt es, Lösungen für solche elementaren Fragen zu finden. Warum? Schon allein weil es unser Alleinstellungsmerkmal ist, Entscheidungen gesamtgesellschaftlich zu finden, die zum einen tatsächlich realisierbar, finanzierbar und zum anderen mehrheitsfähig sind. Führen wir also einen Wahlkampf entlang der interessanten Kontroversen und mit Blick auf die tatsächlichen Probleme. Unser Europa steht vor existenziellen Herausforderungen, die soziale, ökonomische und ökologische Fragen neu ins Bewusstsein schieben. Flüchten wir also nicht in strategische Nostalgie, arbeiten wir „wegen morgen“, wie es das Motto unseres Parteitages an diesem Wochenende ist, beweisen wir Haltung.

Ihr



## Das Thema

# Ein Abkommen zwischen Brüssel und Peking

Im Schatten der Brexit-Verhandlungen ist der Europäischen Union kurz vor dem Ende des vergangenen Jahres ein großer Erfolg gelungen. Nach sieben Jahren andauernden Verhandlungen und 34 zähen Runden haben sich die EU und China am 30. Dezember endlich auf ein Abkommen über Investitionen geeinigt. Die Einigung ist für die EU ein Erfolg, die Initiative für das Abkommen war von Brüssel ausgegangen. Während Europa für chinesische Investoren grundsätzlich offen ist, galt dies bisher für europäische Unternehmen in China nicht. Darum hatte die EU bisher wenig anzubieten. Die Folge war ein jahrelanger Stillstand der Verhandlungen.

Nach dem Wahlsieg von Joe Biden konnte dieser Stillstand allerdings überwunden werden. Aus „Furcht“ vor den wieder revitalisierten transatlantischen Beziehungen zwischen Europa und der Administration von Joe Biden machte China den Europäern nun Zugeständnisse: China verzichtet künftig etwa auf die Aussperrung und Diskriminierung europäischer Investoren vor allem in wichtigen Dienstleistungsbranchen. Es akzeptiert neue Regeln für staatseigene Unternehmen und Subventionen. Zu Arbeitsstandards und Nachhaltigkeit akzeptiert es Bemühensklauseln, wie sie die EU mit anderen Vertragspartnern vereinbart hat. Der Preis für die EU: Sie verzichtet darauf, die Bedingungen für ausländische Investoren weiter zu verschärfen.

Heribert Hirte ist als Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion grundsätzlich für das

Thema Freihandelsabkommen zuständig, wenn auch die konkreten Verhandlungen in diesem Abkommen ohne Beteiligung des Bundestages abliefen. Hirte lobte die kluge Lösung des Übereinkommens, dass angesichts des chinesischen Staatskapitalismus der Vertrag ein Staat-Staat-Streitbeilegungsverfahren vorsieht und nicht das neue Investor-Staat-Verfahren der EU: „Sowohl menschenrechtliche wie rechts-

können.“ Dieser Schritt ist auch eine Lehre aus den bestehenden wirtschaftlichen Kooperationen mit China: „Allein der Privatwirtschaft die Verantwortung für die Durchsetzung der Menschenrechte zuzutrauen, wird unserem Anspruch einer wertegeleiteten Außenpolitik nicht gerecht. Die Fabrikation eines großen deutschen Autobauers in der Region Xinjiang sollte uns dies ja auch allen vor Augen führen.“ Und Hirte ergänzte hierzu: „Und was die

Durchsetzung von Menschenrechtsstandards angeht: Die EU hat eben erst Sanktionsmöglichkeiten geschaffen, die nun – gerne mit den Vereinigten Staaten – auch eingesetzt werden sollten.“

Einigen Kommentatoren und politischen Akteuren gehen die chinesischen Zugeständnisse an die EU allerdings nicht weit genug. In der Tat werden Unternehmen aus der EU in China den heimischen nicht völlig gleichgestellt. Zur Abschaffung von Zwangsarbeit enthält das Abkommen nur vage Bemühensklauseln, auch Umweltfragen werden

wenig adressiert. Angesichts der Stärke Chinas und der fehlenden Kooperation zwischen den USA und Europa muss dieser Schritt aber bereits als Erfolg zählen. China anerkennt durch das Abkommen eigene Probleme bezüglich der Einhaltung von Menschenrechten. Eine weitergehende Eskalation der Verhandlungen hätte wohl zweifelhafte Erfolgsaussichten gehabt. Der aggressive Handelskrieg von Donald Trump hat gezeigt, dass China sich nicht in politisch sensible Streitpunkte der Innenpolitik hereinreden lässt.



Das neu vereinbarte Investitionsabkommen verbesserten den Zugang europäischer Unternehmen zum chinesischen Markt, gleichzeitig nähern sich beide Wirtschaftsräume in Bezug auf Standards und Menschenrechte an.

staatliche Standards und individuelle Freiheitsrechte, die eben auch Eigentumsverhältnisse, Haftungsfragen beinhalten, sind in China kaum vorhanden und funktionieren staatszentriert. Das mag nicht unseren Vorstellungen entsprechen, ist aber derzeit die Realität. Möchten wir dennoch Einfluss ausüben, um beispielsweise die schreckliche Situation der Uiguren überhaupt markieren zu können, müssen wir uns wiederum als Europäische Union, und damit indirekt natürlich auch als Bundesregierung und Bundestag, in solchen Prozessen beteiligen

## Fortsetzung von Seite 2

Das Abkommen war in dieser Woche Thema im Europaausschuss des Deutschen Bundestages: „Wir werden uns jetzt verantwortungsvoll ein Bild von dem Abkommen machen. Die Zuständigkeit für ausländische Direktinvestitionen liegt allerdings bei der EU. Das Abkommen mit China wird die 25 bestehenden bilateralen Abkommen ersetzen. Das allein ist in der aktuellen geostrategischen Lage schon ein wichtiger

Gewinn für die EU und von uns zu befürworten.“

In Berlin ist man daher überzeugt, entgegen vieler Kritik ist der Moment der Einigung richtig. Zwar könnte das Abkommen tatsächlich Diskussionen zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union aufwerfen, andererseits ist es an der Zeit, europäische Interessen auch im Dreieck Washington, Peking und Brüssel durchzusetzen. Und es eilt, der europäischen Markt verliert durch den Brexit ein Siebtel seines Umfangs,

die China-Politik von Joe Biden ist bislang nicht definiert und auch das Verhältnis zwischen den USA und Europa muss erst wieder „befriedet“ werden. Einfuhrbeschränkungen und Strafzölle der Trump-Administration haben Wunden hinterlassen. Nun gilt es, transatlantisch gemeinsam einen neuen Ansatz gegenüber China zu entwickeln: Beide Seiten eint das Ziel, einen besseren Schutz geistigen Eigentums und schärfere Regeln zu Subventionen und Staatsunternehmen erreichen zu wollen.

## Querblick



Der 33. Bundesparteitag der CDU Deutschland kann am Freitag und Samstag, den 15. und 16. Januar, via [cdu.de](https://www.cdu.de) oder auf Phoenix im Fernsehen live verfolgt werden. Erstmals findet ein solcher Parteitag digital statt, in dessen Rahmen ein neuer Parteivorsitzender gewählt wird. Mehr über das Wahlverfahren können Sie [hier nachlesen](#).

## Rundblick

Jedes Jahr am 26. Dezember gedenken Christinnen und Christen verschiedener Konfessionen der verfolgten und bedrängten Glaubensgeschwister in aller Welt. Welche immense Herausforderung die Verfolgung von Menschen aufgrund ihres Glaubensbekenntnis darstellt, haben Hermann Gröhe und Heribert Hirte gemeinsam erklärt. [Das Domradio](#), [Quantara.de](#) und die Seite [kath.ch](#) berichteten hierüber. Hier finden Sie die [gemeinsame Pressemitteilung](#).

Die Rechte von Aktionären während virtueller Hauptversammlungen wurden kurz vor dem Jahreswechsel noch einmal erweitert. In einem kurzfristig durchgesetzten Gesetzesantrag wird den Anteilseignern die Möglichkeit eingeräumt, in begrenztem Umfang noch während der Online-Veranstaltung Nachfragen zu stellen. Die Formulierung trägt die Handschrift von Heribert Hirte, wie die [Börsen-Zeitung](#) berichtete.

Auch der Weltverfolgungsindex 2021 von Open Doors zeigt schmerzhaft auf, vor welchen Herausforderungen eine wertegeleitete europäische Außenpolitik steht. Der Index zeigt erneut die strukturelle Missachtung der Menschenrechte insbesondere in China. Legt man den Weltverfolgungsindex neben den Bericht der Bundesregierung zur Lage der weltweiten Religionsfreiheit, so kann man eine direkte Handlungsempfehlung und Dringlichkeiten für die deutsche Außenpolitik ablesen. Warum es in der deutschen Außenpolitik erst nach und nach mehr Anstrengungen in diesem Gebiet gab, erklärt Heribert Hirte im Interview [mit dem Domradio](#), zudem berichteten [evangelisch.de](#) und [Pro, das christliche Medienmagazin](#) über die Aussagen des Vorsitzenden des Stephanuskreises.

Der Kölner Stadtanzeiger berichtete vorab über die Präferenzen Kölner CDU-Politiker für die Wahl des neuen CDU Parteivorsitzenden. Für Heribert Hirte „ist Armin Laschet als überzeugter Europäer der beste Kandidat für den CDU-Vorsitz“ (nur im Print).



## Kurz informiert

Einschränkungen der Religionsfreiheit nachdrücklich zum Thema machen!

Seit 2014 ist Heribert Hirte Vorsitzender des Stephanuskreises. Anlässlich des alljährlichen Stephanustages am 26. Dezember führte die CDU/CSU-Fraktion ein Interview mit Hirte. Auch dem Stephanuskreis ist es zu verdanken, dass sowohl in Deutschland als auch in Europa die Themen Religionsfreiheit und die Verfolgung von Menschen aufgrund ihrer religiösen Bekenntnisse nun auf der Agenda stehen. Doch wie zum Beispiel der Religionsfreiheitsbericht der Bundesregierung erst jüngst zeigte, verschärft sich die Situation weltweit. Warum der Einsatz des Stephanuskreises immer ein universeller Einsatz für alle Menschen ist – ganz unabhängig davon, ob gläubig oder nicht-gläubig – können Sie [hier im Interview](#) noch einmal nachhören.

### Parlamentarierleben zwischen den Jahren

Erst auf den letzten Meter gelang eine Einigung zwischen der Europäischen Kommission und der Regierung von Boris Johnson, die einen No-Deal-Brexit verhinderte. Die Ergebnisse wurden am Vormittag des 24. Dezember öffentlich vorgestellt und den Mitgliedern des EU-Ausschusses am 26. Dezember übermittelt, was für die Mitglieder der zuständigen Ausschüsse im Deutschen Bundestag bedeutete, noch während der Feiertage das Vertragswerk aufzuarbeiten und abzusegnen. Sonst hätten zahlreiche Punkte nicht am 1. Januar in Kraft treten können.

Aber auch an anderer Stelle machte das „stille“ Arbeiten im Parlament zwischen den Jahren keine Pause. Im Rechtsausschuss war in mehreren Fällen über die Frage zu befinden, ob Stellungnahme gegenüber dem Bundesverfassungsgericht zu Gesetzen abzusegnen sind. Auch das Übergangsrecht für einige der kurz vor der Jahreswende in Kraft getrete-

nen insolvenzrechtlichen Regelungen war Gegenstand einer öffentlichen Diskussion.

Limiteds und LLPs durch den Brexit nicht zwingend aufgelöst

Über Monate hatte sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dafür eingesetzt, den Bestand von Limiteds, LLP & Co. über den Brexit hinaus unter dem Gesichtspunkt der nachwirkenden Niederlassungsfreiheit festzuschreiben. Eine klare rechtliche Nennung erfolgte zwar nicht durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, allerdings bedeutet dies nicht zwangsläufig die Auflösung solcher Gesellschaften. Entgegen der Rechtsauffassung der Bundesregierung stellte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der vorentscheidenden Ausschusssitzung fest, dass für solche Gesellschaften nach dem Grundsatz des Bestands- und Vertrauensschutzes das Kontinuitätsprinzip gelte. Andernfalls entstünde eine erhebliche Rechtsunsicherheit, gerade auch für die Vertragspartner der betroffenen Unternehmen. Verbindlich könne die Frage allerdings nur vom Europäischen Gerichtshof geklärt werden. Das [ganze Protokoll finden Sie hier](#), auf [Twitter äußerte sich Heribert Hirte](#) zudem zu dieser Frage.

„Die Vertragsbeendigung wäre die Eskalation im Quadrat gewesen“

Mit dem Podcast [„Restructure Law“](#) hat Heribert Hirte kurz vor der entscheidenden Abstimmung über das SanInsFoGs über die wegweisenden gesetzgeberischen Entscheidungen, insbesondere zum StaRUG, gesprochen. Erfahren Sie in dem Podcast mehr über die



Diskussionen im Hintergrund, die zur Streichung der Passagen über die Vertragsbeendigung im Gesetzentwurf geführt haben. Welche Überlegungen wurden zu den Haftungsvorschriften für Geschäftsleiter bei drohender Zahlungsunfähigkeit angestellt, bedarf es eines Unternehmerführerscheines? Hirte verrät zudem, warum sich bei der Konzentration der Insolvenzerichte fachliche Argumente nicht durchgesetzt haben. [Hier können Sie das Gespräch](#) nachhören.

### Solidarität mit den Menschen in juristischen Berufen in Belarus

In Belarus können Juristinnen und Juristen nicht ihrer Arbeit nachgehen. Das Regime Lukaschenka unterbindet insbesondere für Oppositionelle eine ordentliche Rechtsberatung und faire Verfahren. Heribert Hirte unterstützt daher den [gemeinsamen Aufruf zur Solidarität](#) vieler Anwälte, Richterinnen und Rechtswissenschaftlern, den die Kölner NGO Libereco organisiert hatte.

#### Kontakt

Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 / 227 77830

Bürgerbüro:  
Aachener Straße 227  
50931 Köln  
Tel.: 0221 / 589 86 762

E-Mail: [heribert.hirte@bundestag.de](mailto:heribert.hirte@bundestag.de)

[Facebook.de/HHirte](https://www.facebook.com/HHirte) [@HHirte](https://twitter.com/HHirte) [www.heribert-hirte.de](http://www.heribert-hirte.de)

Sie wollen den Newsletter nicht mehr erhalten? Teilen Sie uns dies gerne mit und wir löschen Ihre Daten umgehend aus dem Verteiler. Selbstverständlich behandeln wir Ihre Daten stets vertraulich und geben sie nicht an Dritte weiter.